

Erklärung von Johann Böhm, Präsident des Bayerischen Landtages, auf der Gedenkveranstaltung des Bayerischen Landtages aus Anlass des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953, München, 24. Juni 2003

Meine Damen und Herren!

In der Geschichte unseres Volkes gibt es Stationen, die Trauer und Scham hervorrufen, und es gibt Ereignisse, auf die wir mit Stolz zurückblicken können. Der 17. Juni 1953 gehört zur zweiten Kategorie. Was sich damals in der DDR ereignete, war ein landesweiter Aufschrei gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, gegen Spaltung und Teilung. Der Volksaufstand scheiterte zwar in seinen wesentlichen Zielen. Vor der Geschichte jedoch haben sich der Wille zu Freiheit und Selbstbestimmung und das Streben nach Einheit durchgesetzt. Am 17. Juni 1953 fand die erste „Volks-Erhebung“ im eigentlichen Sinn des Wortes in einem Land des kommunistischen Ostblocks statt, „das Wetterleuchten einer neuen Zeit, das Menetekel eines Emanzipationsprozesses, der Ost- und Südeuropa erfassen sollte, zuletzt die Sowjetunion selbst“, so schreibt der Historiker Karl Wilhelm Fricke. Der 17. Juni 1953 wurde zu einem Symbol des Widerstandes gegen Diktatur und Unrechtsherrschaft. Albert Camus stellte einmal fest, die Deutschen hätten sich durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 rehabilitiert, denn sie setzten sich für die Freiheit ein. Diese Worte haben nach wie vor Gültigkeit.

Die tiefere Bedeutung, die mit dem 17. Juni 1953 verbunden ist, fordert uns auf, das Geschehen von damals als ein Stück gemeinsamer deutscher Geschichte zu begreifen. Unter diesem Motto steht die heutige Gedenkstunde. Wir konnten einen renommierten evangelischen Theologen, Politiker und Zeitzeugen gewinnen, der unter der SED-Diktatur Repressalien ausgesetzt war und nach deren Scheitern maßgeblich zur deutschen Einheit mit beigetragen hat: Prof. Dr. Richard Schröder.

(Allgemeiner Beifall)

Prof. Schröder wird den geistigen Bogen über rund vier Jahrzehnte Nachkriegszeit spannen und zum Thema „Vom 17. Juni zum 3. Oktober - Der Weg zur Deutschen Einheit“ sprechen. Im Namen des gesamten Hohen Hauses und persönlich heiße ich Herrn Prof. Schröder herzlich willkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute wissen wir über das Geschehen vor 50 Jahren ziemlich genau Bescheid. Die Archive von SED, Roter Armee und Staatssicherheit wurden geöffnet und haben das früher geheime Herrschaftswissen dem Volk zurückgegeben. Es seien exemplarisch einige Fakten genannt: In über 700 Orten in der DDR kam es im Juni 1953 zu Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks, mancherorts auch zu vorübergehenden Machtübernahmen und zur Erstürmung von SED-Zentralen und Stasi-Gefängnissen. In Görlitz und Bitterfeld wurden die Bürgermeister abgesetzt und durch Arbeitervvertreter ersetzt.

Über diesen spektakulären Ereignissen dürfen wir den Widerstand Vieler nicht vergessen, den sie in ihrem Umkreis geleistet haben – als einen Aufstand des Gewissens gegen Geheimdienst und Staatsapparat. Wir wissen von zahlreichen Frauen und Männern, die Zivilcourage im

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Alltag zeigten und ihre Ablehnung des Regimes durch Einzelaktionen zum Ausdruck brachten - zu ihnen zählt auch Prof. Richard Schröder, der sich als junger bekennender Christ weigerte, den „Jungen Pionieren“ beizutreten, und der die Jugendweihe ablehnte; ferner sei erinnert an den Vorsitzenden eines Ortsvereins der Nationalen Front, der sein Parteibuch verbrannte; an den Pfarrer, der in seiner Predigt die SED als Verbrecherpartei bezeichnete; an den Drehorgelspieler, der „Schmählieder“ gegen die Regierung sang; an die FDJ-Mitglieder, die SED-Fahnen und Bilder der Parteiführung verbrannten. Diese und zahlreiche andere Menschen, deren Namen im SED-Staatsapparat aktenkundig waren und deren Schicksale erst allmählich wieder ans Tageslicht treten, haben ganz bewusst Zeichen gesetzt und dafür gesellschaftliche Nachteile in Kauf genommen. Sie haben der Welt gezeigt, dass Freiheit und Menschenwürde unbezwingbar sind. Ihnen allen bezeugen wir unseren Dank und unseren Respekt.

Über eine Million Menschen solidarisierte sich damals mit den Zielen der Aufständischen, etwa die Hälfte davon in den mitteldeutschen Wirtschaftsregionen zwischen Leipzig, Halle und Magdeburg. Es war mehr als nur ein „Arbeiteraufstand“: Bauern, Angestellte, Akademiker, Angehörige von Kirchen und Jugendgruppen und sogar vereinzelt Mitglieder von SED und Volkspolizei schlossen sich an. Aus dem massiven Protest gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen und gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen wurde binnen kurzer Zeit eine Erhebung für Freiheit, Menschenrechte und Einheit. „Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein“, erscholl der Ruf auf der Stalinallee in Ostberlin und wurde durch ein ganzes Land getragen. Daneben wurden Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung, nach freien Wahlen nach Zulassung demokratischer Parteien erhoben. Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes forderte Opfer, deren Zahl wir nicht genau kennen: Menschen wurden getötet, verletzt, verhaftet, angeklagt, zu Gefängnisstrafen verurteilt oder sie kehrten der DDR den Rücken. Allein im ersten Halbjahr 1953 sahen rund 230.000 Menschen in der Flucht den letzten Ausweg.

Um ihre Verbundenheit und Solidarität mit den mutigen Frauen und Männern im östlichen Teil Deutschlands zu bekunden, gedachten die bayerischen Landtagsabgeordneten in der Sitzung vom 23. Juni 1953 in einer Schweigeminute der Opfer von Unterdrückung und Gewaltherrschaft. Der damalige Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer führte u.a. aus: „Mit diesen Opfern gemeinsam gedenken wir der vielen Tausende, die in Ostdeutschland, aber auch in anderen vom gleichen Gewaltssystem beherrschten Ländern gequält und unterdrückt, in Gefangenschaft, in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten. Möge die freie Welt alles tun, um der Menschenwürde überall Geltung zu verschaffen!“

Bundeskanzler Konrad Adenauer legte am 23. Juni 1953 vor dem deutschen Bundestag das folgende feierliche Versprechen ab:

„Wir werden nicht ruhen – diesen Schwur lege ich hier ab für das gesamte deutsche Volk -, bis auch die 18 Millionen in der Sowjetzone wieder in Freiheit leben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“

Als Symbol und Erinnerungszeichen für diese Hoffnung fassten am 1. Juli 1953 die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag den Beschluss, den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ zu erklären.

Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands folgte zwar eine kurze Zeitspanne, in der die Versorgungslage der Bevölkerung in der damaligen DDR verbessert und die Arbeitsbedingungen erleichtert wurden. Gleichzeitig wurde jedoch der Überwachungsstaat

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

perfektioniert, die innere Repression nahm zu, Kritik wurde verboten. Junge Menschen, die sich nicht anpassten, durften Ausbildung, Schule oder Studium nicht erfolgreich beenden. Sie wurden auf Jahrzehnte hin sozial benachteiligt.

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 war eine Bankrotterklärung des SED-Machapparates und zugleich Ausdruck einer menschenverachtenden Politik. Bürger des eigenen Staates wurden eingesperrt, freie Wahlen waren nicht gestattet, Freizügigkeit und Reisemöglichkeit sehr stark eingeschränkt. Die Mauer brachte unzähligen Menschen großes Leid. Frauen, Männer und Kinder wurden bei Fluchtversuchen getötet oder verwundet. Die Spaltung Deutschlands und Europas wurde besiegelt. Enttäuschung, Resignation und ein „Sich-Abfinden“ mit den bestehenden Zuständen ließen die Einheit Deutschlands in weite Ferne rücken. „Uns Deutschen in West und Ost war die Perspektive der Einheit ja fast gänzlich abhanden gekommen“, drückte es Joachim Gauck einmal aus.

Dennoch: Die Sehnsucht der Menschen in der ehemaligen DDR nach Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit konnte nie gänzlich ausgelöscht werden. Im Herbst 1989 brach sie sich eindrucksvoll Bahn. Zu Hunderttausenden gingen Frauen und Männer in Leipzig, Dresden und anderen Orten unter großem persönlichen Risiko auf die Straße, um für die Freiheit einzutreten. Sie riefen zunächst: „Wir sind das Volk!“ und dann - der Ruf wurde immer lauter – „Wir sind e i n Volk!“. Anders als 1953 gelang es ihnen diesmal, die Macht des SED-Staates ins Wanken und zum Einsturz zu bringen. Damit wurde 1989 auf friedlichem Wege vollendet, was im Widerstand gegen das totalitäre SED-Regime von Anfang an begonnen hatte und wofür der 17. Juni 1953 ein eindrucksvolles Zeugnis ablegt.

Die Vollendung der deutschen Einheit zeigt letztlich, dass die Opfer des Aufstands von 1953 nicht umsonst waren. Deshalb dürfen wir jene Menschen nicht vergessen, die vor 50 Jahren für Freiheit und Demokratie gekämpft haben und die als Vorbilder den Zusammenbruch des Unrechtsregimes mit vorbereitet haben. Die Menschen in der damaligen DDR haben, ich zitiere noch einmal Joachim Gauck, „allen Deutschen das Eintrittsbillett in den Kreis jener Nationen gelöst, die eine Freiheitstradition haben. Sie haben uns eine neue Würde gegeben.“

Die Ereignisse in den ersten Novembertagen des Jahres 1989 gaben der Geschichte unseres Landes eine neue Wendung. Sie haben aber auch eine europäische Dimension. Sie stehen in der Tradition der Freiheitsbewegungen von 1953 in der DDR, von 1956 in Ungarn, von 1968 in der Tschechoslowakei und von 1980/81 in Polen. Diese Marksteine in der europäischen Nachkriegsgeschichte machen deutlich, dass auch für das zusammenwachsende Europa Menschenrechte, Stabilität, Frieden und Freiheit als verbindende Grundelemente unverzichtbar sind.

Es war auffallend, wie sehr in den vergangenen Tagen und Wochen der 17. Juni 1953 im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Zahlreiche Gedenk- und Vortragsveranstaltungen fanden statt, Zeitungen, Magazine, Rundfunk- und Fernsehsendungen berichteten - in der überwiegenden Mehrzahl - objektiv und detailliert über Ursachen, Abläufe und Folgen der dramatischen Geschehnisse. Das ist begrüßenswert. Nur so können unterschiedliche Erfahrungen und Geschichtsbilder, die sich in vier Jahrzehnten Teilung geformt haben, gemeinsam aufgearbeitet werden. Damit verbunden ist die Verpflichtung, Konsequenzen zu ziehen und uns Klarheit darüber zu verschaffen, worin unsere Aufgaben heute und morgen bestehen.

Eine wesentliche Botschaft des 17. Juni 1953 lautet: Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern nur so weit und so lange gesichert, wie wir sie bewusst leben und aktiv verteidigen. Ideologien, die den Menschen absolute Gleichheit und stete

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gerechtigkeit - also ein irdisches Paradies - versprechen, sind der Nährboden für totalitäre Regime, die den Anspruch erheben, den Volkswillen zu kennen und ihn durchzusetzen.

Der Philosoph Karl Popper hat das treffend so formuliert:

„Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste. ... Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produziert stets die Hölle.“

Um das „demokratische Immunsystem“ gegen sozialutopische Heilsversprechungen zu stärken, gilt es immer wieder deutlich zu machen, dass Politik in der parlamentarischen Demokratie nicht den Wunschtraum einer Erlösung für alle erfüllen will, sondern dass sie mehrheitsfähige Lösungen anbietet, die dann auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Der Wettbewerb um die besten Lösungen gehört zum Kernbestand unserer demokratischen und föderalen Ordnung. Eine der ersten Maßnahmen zur Schaffung des sozialistischen Einheitsstaates in der ehemaligen DDR war die Abschaffung der Länder im Jahr 1952. Damit wurden nicht nur traditionelle staatliche Strukturen beseitigt, sondern den Menschen wurden bewusst Heimat und Identität als prägende Strukturen genommen. Doch diese haben das innerlich niemals wirklich akzeptiert. So war es nur folgerichtig, dass kurz nach dem Fall der Mauer der Ruf nach Wiederrichtung der „alten“ Länder ertönte. Auf diese Tatsache haben Sie, Herr Prof. Schröder, in einem Vortrag vor der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente im Juni 2002 hingewiesen. Als Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR haben Sie mit die Weichen für eine Wiederbelebung des föderalen Prinzips in Deutschland gestellt - im Bewusstsein seiner historischen Wurzeln und seiner Fähigkeit, der Freiheit einen optimalen Rahmen zu bieten.

Herr Prof. Schröder, als bekennender Christ mussten Sie - ich habe es eingangs bereits erwähnt - während der SED-Diktatur persönliche Nachteile erdulden. Als sich der Zusammenbruch des DDR-Systems abzeichnete, wollten Sie Mitverantwortung für die Gestaltung der Zukunft übernehmen und traten in die Politik ein. Sie gehörten der Verfassungskommission des „Runden Tisches“ an und wurden von der SPD-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Nach dem Ausscheiden aus der Politik übernahmen Sie einen Lehrstuhl für Philosophie und Systematische Theologie an der Berliner Humboldt-Universität, den sie bis heute innehaben. Als nachdenklicher Beobachter und Kommentator haben Sie immer wieder ihre Stimme erhoben und um gegenseitiges Verständnis beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands geworben. Ich möchte Sie zum Abschluss zitieren:

„Ein Herz und eine Seele müssen wir gar nicht werden. Wenn sich Ostdeutsche und Westdeutsche so gut - und so schlecht - verstehen wie Ostfriesen und Bayern, ist die Einigung gelungen. Probleme werden wir dann trotzdem noch reichlich haben.“

Herr Prof. Schröder, nachdem ich Sie soeben zitiert habe, haben Sie nun selbst das Wort.

(Allgemeiner Beifall)

[Quelle: http://www.bayern.landtag.de/ausgewaehlte_reden_5696.html, sowie: Bayerischer Landtag, 14. Wahlperiode, Plenarprotokoll 14/118, 24.6.2003, S. 8729-8731.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---